

# DIW@school

AUSGABE 1/2004

ERSCHEINT ZWEIMAL JÄHRLICH  
[www.diw.de/atschool](http://www.diw.de/atschool)

## Was ist DIW@school?

**DIW@school** ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), erscheint zweimal jährlich und wird den Schulen kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung gestellt.

**DIW@school** liefert Unterrichtsmaterial über die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. Alle Beiträge stammen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des DIW Berlin.

## Für wen ist DIW@school?

**DIW@school** richtet sich an Schüler und Lehrer des Fachs Wirtschaftskunde in allgemeinbildenden und berufsbegleitenden Schulen.

## Das DIW Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung.

Wir glauben, dass viele aktuelle Probleme mit Hilfe der ökonomischen Forschung besser verstanden werden können. Meistens schreiben wir darüber so, dass uns nur Fachkollegen verstehen. Was von Ökonomen untersucht und der Politik vorgeschlagen wird, geht aber alle an - gerade auch Schüler, die in Zukunft besonders betroffen sind, wenn heute in der Wirtschaft etwas schief läuft.

## Impressum

Herausgeber: DIW Berlin  
Redaktion: Björn Frank  
Dörte Höppner  
Mitarbeit: Katja Fricke  
Königin-Luise-Straße 5,  
14195 Berlin

<http://www.diw.de/atschool>  
<mailto:school@diw.de>

## INHALT

### Wie funktioniert eigentlich...?

...eine Konjunkturprognose 2

### Forschung in Kürze

Warum ist eine Berufsarmee ökonomisch sinnvoller als eine Wehrpflichtarmee? 5

Jobben von Jugendlichen beeinträchtigt weder Schulleistungen noch Freizeit 6

### An outside view on the German economy

Agenda 2010 – a farewell to the German welfare state? 8

Agenda 2010 – Abschied vom deutschen Sozialstaat? 9

### Schwerpunktthema mit Hintergrund

#### Die Renaissance der großen Städte

Der Bericht in Kürze 11

Presseartikel: "Heimlich stark – Der Standort Berlin" 13

Alfred Marshall über die Vorteile lokaler Konzentration 14

### Forschung im Original

Großbritannien:  
Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik 15

## Wie funktioniert eigentlich...?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin erklären die Ökonomie

### ... eine Konjunkturprognose

von Ulrich Fritsche

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konjunkturabteilung des DIW Berlin



Das DIW Berlin ist eines der Wirtschaftsforschungsinstitute, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit das Frühjahrs- und **Herbstgutachten** erstellen. Darin wird nicht nur die aktuelle Konjunkturprognose veröffentlicht, sondern auch die Wirtschaftspolitik in Deutschland bewertet. Diese Gutachten sind eine wichtige Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen der Bundesregierung.

Die oft vom Zufall mitbestimmte Zukunft der Wirtschaft vorauszusagen, ist schwer. Das jährliche Wachstum eines Baumes zu bestimmen, scheint dagegen relativ leicht; er wächst vermutlich durchschnittlich um eine bestimmte Anzahl von Zentimetern. Aber auch hier gibt es Schwankungen; in trockenen Jahren wächst er wahrscheinlich weniger, bei mildem und feuchtem Wetter mehr. Wenn Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler des DIW Berlin das Wachstum der Wirtschaft vorhersagen sollen, gibt es ähnliche Unsicherheiten. Die durchschnittliche konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre ist ihnen zwar bekannt, nicht aber, ob sich diese Entwicklung

auch so fortsetzen wird. *Konjunktur bedeutet nämlich gerade das Abweichen vom Durchschnitt.* Sie hat einen *zyklischen Charakter*, es gibt also Abweichungen nach oben und unten (s. Abbildung auf S. 4). Bisher konnte noch keine Forschungsrichtung des 20. Jahrhunderts eine zufriedenstellende Erklärung für diese Konjunkturschwankungen geben. Allerdings sind bestimmte Abhängigkeiten bekannt, so die von kurzfristigen Änderungen bei:

- *Löhnen und Einkommen*
- *Käufen von Investitionsgütern (Maschinen, die das Unternehmen für die Güterherstellung benötigt)*

- *Käufen von Konsumgütern (Güter für private Haushalte wie Lebensmittel, Unterhaltungselektronik.*

Sicher ist auch, dass das durchschnittliche Wachstum von Angebotsfaktoren bestimmt wird durch:

- *Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Kapital*
- *Schulbildung*
- *politische Rahmenbedingungen*

Wie kann man nun aber genauer bestimmen, wie stark das Wachstum vom Durchschnitt abweichen wird? **Hier helfen Indikatorsätze.**

Man versucht, möglichst einfache Beziehungen zwischen der Zukunft und ihren Indikatoren (Größen, die die kommende Entwicklung gut beschreiben) herzustellen. Wenn man z. B. den Einfluss des Wetters auf den Ernteertrag beschreibt, ist das Wetter der Indikator, der über die Zukunft (Ernte) mitbestimmt. Im Wirtschaftsbereich gibt es eine **Vielzahl von Indikatoren** (Auftragslage eines Unternehmens, Kunden- und Unternehmenserwartungen etc.), anhand derer man die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (das ist die Summe aller Einkommen, die in einem Land entstehen), also das Wachstum für die nahe Zukunft, voraussagen kann. Monatliche, schnell erhältliche Informationen (Industrieraufträge, Meinungsumfragen) werden in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt, so dass man verlässlich auf die zu erwartende Zunahme des Bruttoinlandsprodukts schließen kann. Probleme kann es hierbei dann geben, wenn sich einzelne Indikatoren widersprechen.

**Einen anderen Prognoseansatz liefern die makroökonomischen Modelle.** Auch hier versuchen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, möglichst viele Zusammenhänge gleichzeitig zu berücksichtigen. Sie untersuchen, wovon in der Vergangenheit wichtige Teile der Wirtschaft abhängig waren. Wenn

z.B. die Zinsen sanken, stieg in der Regel der Konsum der Bevölkerung. Es wurden mehr Konsumentenkredite aufgenommen und für Konsumzwecke verwendet. Der Konsum und damit das Bruttoinlandsprodukt werden also nicht unwesentlich von der Zinshöhe bestimmt, unterliegen gleichzeitig aber auch anderen Einflüssen wie der Steuerbelastung. Durch statistische Verfahren werden alle relevanten Größen zu einer so genannten *Konsumfunktion* verdichtet, die etwa so aussehen könnte:

$$\begin{aligned} \text{Zunahme des Konsums (2. Halbjahr)} &= 0,8 \times \\ \text{Zunahme des Einkommens (2. Halbjahr)} &- \\ 0,05 \times \text{Zinssatzänderung (vor drei Quartalen)} &- \\ 0,2 \times \text{Veränderung der Ersparnisse} & \end{aligned}$$

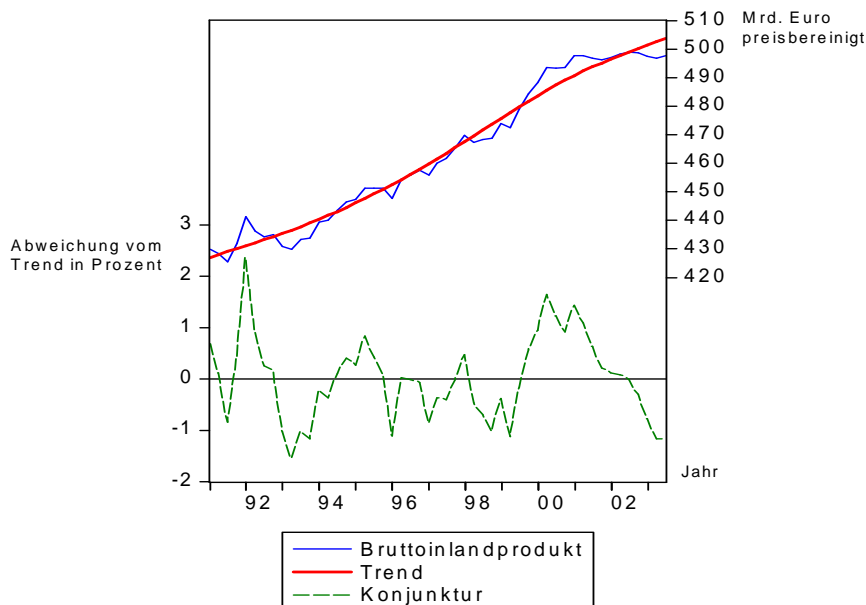
Das Einkommen wird mit 0,8 multipliziert, da bekannt ist, dass 100 Euro mehr Einkommen nicht komplett ausgegeben werden, sondern nur etwa 80 Euro davon in den Konsum fließen, also 80 %. Zinsänderungen beeinflussen den Konsum sogar nur zu 5 %, und wenn mehr oder weniger gespart wird, wirkt sich das auch nur zu 20 % auf den Konsum aus.

Die Kenntnis aller Größen, die rechts vom Gleichheitszeichen stehen, erlaubt die Berechnung der Konsumzunahme. Bei der schon erwähnten Baumwachstumsprognose wäre diese Funktion leicht zu ermitteln. Bekannte Einflüsse wie Niederschlagsmengen oder Schäden durch Wildbiss setzt man in die Gleichung ein und ermittelt das voraussichtliche Wachstum. In der Wirtschaft wiederum ist dies schwieriger, da die Indikatoren nicht nur das Bruttoinlandsprodukt, sondern sich auch gegenseitig beeinflussen. Je mehr die Menschen z.B. konsumieren, desto höher wird das Bruttoinlandsprodukt sein. Dadurch steigen aber wahrscheinlich auch die Löhne, was wiederum Einfluss auf die Konsumhöhe hat. Aus diesem Grund arbeitet die Wissenschaft zeitgleich mit mehreren Gleichungen (simultanes Gleichungssystem).

chungssystem), anhand derer verschiedene Zukunftsszenarien (Was passiert, wenn ... ?) simuliert werden können. Diese Gleichungen können nur selten mit einfachen Methoden wie der Einsetzungsmethode ( $y = 3x + 8$ ;  $x = 4$ ;  $y = 3 \cdot 4 + 8 = 20$ ) gelöst werden; meist ist eine spezielle Software nötig. Leider sind diese Modelle relativ ungenau, weil sie stark vereinfacht sind. Deshalb berücksichtigen die Forscher in ihren Berechnungen auch Dinge wie Intuition und persönliche Erfahrungen. Nach der Wiedervereinigung gab es z.B. für Ostdeutschland kaum verwertbare Zahlen, und es waren extreme Verhaltensänderungen bei Unternehmen und Haushalten zu erwarten, die viel Konsum "nachzuholen" hatten. Hier war die Intui-

tion der Konjunkturforscher gefragt. Nachteil dieser Methode ist natürlich, dass sie für Außenstehende kaum nachvollziehbar ist und es keine unterschiedlichen Szenarien geben kann. Außerdem ist sie sehr aufwendig, alle Prognoseteile müssen zueinander passen. Denn die *volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* ist so angelegt, dass die Summe von privatem Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und Exportüberschuss (Export minus Import von Waren und Dienstleistungen) das Bruttoinlandsprodukt ergeben *muss*. Daher ist meist ein langwieriges, schrittweises Herantasten nötig, bis alle Teile der Prognose allen wichtigen Bedingungen genügen.

Bruttoinlandsprodukt: Trend und Konjunktur



Das DIW Berlin erstellt viermal im Jahr Konjunkturprognosen. Jeweils im Januar und Juli werden die Grundlinien bzw. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung veröffentlicht und im Frühjahr und Herbst das Frühjahrs- und Herbstgutachten im Auftrag der Bundesregierung: <http://www.diw.de/deutsch/produkte/konjunkturprognose/index.html>.

Das DIW Berlin ist Mitglied der European Forecasting Research Association for the Macro-Economy (EUROFRAME): <http://www.euro-frame.org/>

In Zusammenarbeit mit der Kaufmännischen Schule I Villingen-Schwenningen hat das DIW Berlin eine grafische Veranschaulichung des Wirtschaftskreislaufs erstellt; über diese gelangt man durch Anklicken zu den zugrunde liegenden Statistiken: [http://www.diw.de/deutsch/produkte/datensammlungen/statfinder/vgr\\_graph/index.htm](http://www.diw.de/deutsch/produkte/datensammlungen/statfinder/vgr_graph/index.htm)

## Forschung in Kürze

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin zu aktuellen Themen

### Warum ist eine Berufsarmee ökonomisch sinnvoller als eine Wehrpflichtarmee?

von Harald Trabold

*Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft des DIW Berlin. Ende der siebziger Jahre leistete er 15 Monate Grundwehrdienst.*

Was hat die Wehrpflicht mit Ökonomie zu tun? Zugegeben: Die Bundeswehr soll Sicherheit herstellen, und die kann man auf keinem Markt kaufen. Aber auch die Bundeswehr braucht Arbeitskräfte und Kapitalgüter (z.B. Waffen, Computer). Ob Arbeit oder Kapital verschwendet werden, ist eine ökonomische Frage.

Man kann dies aus der Sicht der Bundeswehr oder aus Sicht der ganzen Volkswirtschaft untersuchen. Ein Beispiel soll den Unterschied der beiden Sichtweisen verdeutlichen. Würde der Staat der Bundeswehr die Insel Rügen zur Verfügung stellen, dann wäre es aus Sicht der Bundeswehr effizient, sie als Truppenübungsplatz zu nutzen. Aus Sicht der Volkswirtschaft aber nicht, denn die Insel Rügen wird nicht so eingesetzt, wie es volkswirtschaftlich am sinnvollsten ist, nämlich als Erholungsgebiet in der Tourismusbranche.

Marktpreise sind ein gutes Mittel, um solche Probleme zu vermeiden. Nehmen wir an, auf dem freien Markt bildet sich ein Preis von 1000 € für eine spezielle Maschine. Der Einsatz dieser Maschine würde einem bestimmten Unternehmen nur 500 € zusätzlichen Ertrag bringen. Dann wird es diese Maschine nicht kaufen wollen - die Maschine wird stattdessen in einem anderen Unternehmen eingesetzt, für das sich die Anschaffung lohnt. Das heißt, das Kapital ist volkswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt.

So ähnlich ist das auch bei den Soldaten einer Berufsarmee. Ihnen muss der Staat marktgerechte Löhne bieten, weil sonst keiner für ihn arbeiten würde. In einer Wehrpflichtarmee hingegen muss der Staat nur für Kapitalgüter

einen marktgerechten Preis zahlen. Wehrpflichtige jedoch erhalten einen Lohn (in Form von Sach- und Geldleistungen), der so gering ist, dass freiwillig kaum jemand dafür arbeiten würde. Weil Wehrpflichtige ihre Arbeitskraft so billig zur Verfügung stellen müssen, besteht für die Streitkräfte kein großer Anreiz, diese sparsam einzusetzen. Eine Berufsarmee hingegen müsste dies tun, da sie die Arbeitskraft der Soldaten viel mehr kostet. Die eingesparte Arbeitskraft könnte dann anderswo besser eingesetzt werden, und das kommt dann der ganzen Volkswirtschaft zugute: Wer nicht der Wehrpflicht unterliegt, kann später ein Jahr früher beginnen, z. B. als Ingenieur oder Arzt zu arbeiten.

Zudem ist der Aufwand für die Ausbildung der Wehrpflichtigen verschwendet. Im Moment leisten Wehrpflichtige insgesamt neun Monate Dienst. Sie werden einer bis zu dreimonatigen Grundausbildung unterzogen und auch danach noch im Umgang mit Waffen und Gerät geschult. Die Bundeswehr kann diese militärischen Fertigkeiten aber nur kurz nutzen. Es leuchtet unmittelbar ein, dass es sinnvoller wäre, Berufssoldaten auszubilden. Da sie länger dienen, lohnt sich auch eine intensive Ausbildung.

Mancher fragt sich vielleicht, warum angesichts der offenkundigen volkswirtschaftlichen Verschwendung so häufig behauptet wird, eine Berufsarmee sei "teurer" oder "kostet mehr" als eine Wehrpflichtarmee. Dies stimmt aber nur, wenn man rein betriebswirtschaftlich aus Sicht der Bundeswehr urteilt. Denn der rechnerische Vorteil der Bundeswehr entsteht ja nur, weil ein Teil der betriebswirtschaftlichen Kosten der Bundeswehr von den Wehrpflichtigen getragen wird (da sie so schlecht bezahlt werden). Aus volkswirtschaftlicher Sicht zählt aber nicht nur der Vorteil für die Bundeswehr, denn diesem stehen ja die Nachteile für die Wehrpflichtigen (die niedrigen Löhne) gegenüber. Betrachtet

man die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aspekte zusammen, dann ist eine Berufsarmee kostengünstiger als eine Wehrpflichtarmee.

Die Entscheidung zwischen Wehrpflicht und Berufsarmee ist für Ökonomen aber nicht nur eine Frage der Kosten, sondern auch eine der Gerechtigkeit. Damit ist vor allem die Steuergerechtigkeit gemeint. Denn ökonomisch betrachtet ist die Wehrpflicht eine Naturalsteuer. Diese muss der Steuerpflichtige zwar nicht in Geldeinheiten (Euro) leisten, aber persönlich in Form von "Zeiteinheiten". Die Differenz zwischen dem, was der Wehrpflichtige anderswo hätte verdienen können, und dem gezahlten Wehrsold samt empfangenen Sachleistungen ist eine Art "Einkommensteuer", die der Wehr-

pflichtige zu tragen hat. Bei der Naturalsteuer Wehrpflicht wird nun die Hälfte eines Geburtsjahrgangs bereits per Gesetz von der Steuerpflicht ausgenommen, nämlich alle Frauen. Weiterhin werden Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht zum Wehrdienst herangezogen, auch wenn sie in Deutschland leben. Beide, sowie eine Reihe weiterer Ausnahmen, sind ein schwerwiegender Verstoß gegen das Gebot der Steuergerechtigkeit.

Der ökonomische Vergleich spricht somit eindeutig für die Berufsarmee. Sie ist volkswirtschaftlich kostengünstiger und gerechter als eine Wehrpflichtarmee. Es bleibt zu hoffen, dass sich die ökonomische Vernunft demnächst in der Politik durchsetzt und die Wehrpflicht abgeschafft wird.

## Jobben von Jugendlichen beeinträchtigt weder Schulleistungen noch Freizeit

**von Thorsten Schneider und Gert G. Wagner**

*Professor Gert G. Wagner leitet am DIW Berlin die Längsschnittstudie "Leben in Deutschland", für die Thorsten Schneider als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist. Prof. Wagner ist auch Mitglied in der Sachverständigenkommission für den Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung.*

In Deutschland gilt gesetzlich, dass Schüler ab dem 13. Lebensjahr "leichte Arbeiten" ausführen dürfen; etwa Babysitten, Rasenmähen oder Einkaufen für ältere Menschen. "Normale" Tätigkeiten, etwa Aushilfstätigkeiten wie das Einräumen von Regalen in Supermärkten, sind erst ab dem 15. Lebensjahr erlaubt. Ob und inwieweit dies auch in der Realität gilt, wurde bislang statistisch nicht untersucht. Und es ist auch nicht bekannt, ob das "Jobben" Kindern in ihrer schulischen und sonstigen Entwicklung schadet – oder es sogar hilft, sich im Leben

besser zurechtzufinden. Deswegen hat das DIW Berlin im Jahr 2000 begonnen, Jugendliche nach ihren ersten Erfahrungen mit Erwerbstätigkeit zu befragen. In den Antworten eingeschlossen sind so unterschiedliche Tätigkeiten wie regelmäßiges Babysitten oder Rasenmähen und Aushilfsdienste in Handwerksbetrieben oder Gaststätten.

Für den Durchschnitt des Zeitraums 2000 bis 2002 zeigt sich, dass 7 % aller 17-jährigen angeben, bereits mit 13 Jahren oder früher gejobbt zu haben. Jeweils 11 % haben erstmals mit 14 und 15 Jahren einen Nebenjob aufgenommen. Umgekehrt gilt aber auch: vor dem 17. Lebensjahr haben gut 60 % der Jugendlichen noch keine Erfahrungen mit der Arbeitswelt gemacht. Bei einem Vergleich zwischen Mädchen und Jungen fällt auf, dass der Anteil der Mädchen, die mit 13 Jahren mit dem Jobben beginnen, mit 8 % etwas höher ist als bei Jungen (5 %). Hier dürfte Babysitten eine große Rolle spielen.

Nahezu alle jobben, weil sie Geld verdienen wollen (fast 90 %). Weniger als 10% geben

an, aus Interesse an der Tätigkeit zu arbeiten. Die Motivation für das Jobben ist aber offenbar nicht nur der unmittelbaren Befriedigung von Konsumwünschen geschuldet, denn neben-erwerbstätige Jugendliche sparen auch mehr als ihre Altersgenossen: Von denen, die nicht sparen, sind nur knapp 30 % Jobber, während sparende Jugendliche zu über 40 % selbst Geld verdienen.

Die schulischen Leistungen werden durch Jobben im Durchschnitt kaum beeinflusst. Bei Jugendlichen, die noch zur Schule gehen, unterscheiden sich die Durchschnittsnoten der Hauptfächer nicht zwischen Jobbern und Nicht-Jobbern. Sie liegen in allen Fächern bei der Note 3 (befriedigend). Die Zahlen deuten sogar darauf hin, dass Jobber weniger oft "sitzen bleiben": Jeder vierte Jugendliche, der nicht jobbt, musste bis zum 17. Lebensjahr einmal die Klasse wiederholen, während das bei de-

nen, die jobben, nur bei jedem Fünften der Fall war.

Allerdings zeigen die Analysen auch, dass die Kinder, die bereits vor Vollendung des 14. Lebensjahres gejobbt haben, später in allen Hauptfächern etwas schlechtere Noten haben. Auf der anderen Seite sind Jugendliche, die bereits gejobbt haben, in ihrer Freizeit aktiver. Fast die Hälfte musiziert oder treibt mindestens einmal in der Woche Sport. Bei den anderen ist nur gut ein Drittel aktiv. Von denen, die jobben, üben mehr als die Hälfte ein Ehrenamt aus, während es bei den anderen Jugendlichen nur 40 % sind. Diese Befunde deuten darauf hin, dass Jugendliche, die jobben, insgesamt aktiver sind als ihre Altersgenossen, die nicht nebenerwerbstätig sind.



Dank für die Rechte an:  
Mette/CCC  
[www.c5.net](http://www.c5.net)

## An outside view on the German economy

‡ Ausländische Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen im DIW Berlin schreiben über die deutsche Wirtschaft (dem englischen Text folgt eine deutsche Übersetzung)

*Autor in dieser Ausgabe ist Per Botolf Maurseth, vom Mai bis Oktober 2003 am DIW Berlin und jetzt wieder am Norwegian Institute of International Affairs in Oslo. Seine Forschungsschwerpunkte sind Forschung und Entwicklung, die russische Wirtschaft sowie die räumliche Konzentration von Hochtechnologiebranchen. In diesem Beitrag stellt er seine Sicht der Agenda 2010 dar.*

### Agenda 2010 – a farewell to the German welfare state?

**By Per Botolf Maurseth**

In Western European countries the welfare states have a long history. Even before 1900 many countries introduced insurance systems to provide benefits to workers in case of disease and illness. Germany was a pioneer in this respect. During the Bismarck era in the 1880s pensions were introduced as well as insurance against illness and accidents. However, these attempts failed to eliminate poverty. There were important lessons to be learned from experiences gathered before the Second World War. Without measures to avoid unemployment, inequality and poverty, capitalism could result in political instability, social unrest leading ultimately to the end of capitalism itself.

After the Second World War welfare states developed in most Western European countries. The welfare measures financed and organised by the state reduced poverty and inequality.

In recent years these welfare states have been facing important challenges. These challenges are both immediate concerns and structural long-term problems.

From the 1970s onwards growth rates in the Western European countries have stagnated. This applies to most European countries, but in particular France, Italy and Germany. In Germany there is now (2003-2004) no growth at all. And with productivity still growing, unemployment has grown. Because of low growth

and high unemployment tax revenues fluctuate. High unemployment benefits also increase expenditures. Reduced incomes and increased expenses result in deficits. In France and Germany the fiscal deficits exceed 3 percent of national income which is the maximum allowed by the European Union.

Even if growth accelerates and unemployment could be reduced, many European countries will still face financial problems. European populations have grown older. Fewer children are born and people are older when they die. These developments have put the welfare states under pressure. An ageing population implies more pensioners. If the ageing populations in Europe are to receive pensions as they do today, the costs will raise dramatically in the future. In order to cope with future challenges, either the welfare states need reform or taxes have to increase or the welfare states have to be abolished. Combinations of reform, tax increases and reduced benefits are of course also possible.

These challenges for the European welfare states have triggered countless debates and proposals for reforms. The type and speed of reform has differed greatly from one country to another.

In Great Britain the conservative Prime Minister Margaret Thatcher already initiated reforms back in the 1980s. Her strategy was aggressive. Trade unions lost power, taxes were cut, in particular for the wealthy, and state welfare benefits were curtailed. In Great Britain the social security net is full of holes. The pension

system does not guarantee a decent income for all and the result is a large number of elderly poor. Inequality has undoubtedly increased in Great Britain.

In Sweden and Norway the political reforms have been different. Here the emphasis has been on increasing the number of births. In both Norway and Sweden governments have reduced prices for kindergartens and extended maternity leave. These countries hope that high birth rates will help them overcome the problems of an ageing population.

Germany and France are now implementing reforms. Agenda 2010 is the German reform package. It consists of reduced pension benefits, reduced unemployment benefits, increased private payments for health care and reduced protection against dismissal of workers. In addition, the German government plans to reduce taxes.

The likely effects of these reforms in the short run are increased inequality between rich and poor, more poor people and less safe jobs. If the reforms turn out to be a success, growth rates will increase and unemployment may decrease. When taxes are lower, it becomes more attractive to hire people. If protection against dismissal is weak, it may become even more attractive to hire people. The reason being that firms can easily layoff of their workers if the economy deteriorates. If unemployment is reduced and economic growth accelerates, tax revenues may increase. Then the state will be able to continue providing its inhabitants with welfare benefits in the future. Hence such reforms might offer a second chance for the welfare state.

If the reforms are not successful, unemployment will remain high and growth rates low. In that case, Germany might face a high level of poverty in the future.

## Agenda 2010 – Abschied vom deutschen Sozialstaat?

In den westeuropäischen Ländern haben die Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaaten eine lange Tradition. Bereits vor 1900 wurden in vielen Ländern Versicherungssysteme eingeführt, um im Krankheitsfall Arbeiter durch staatliche Leistungen zu unterstützen. Deutschland war in dieser Hinsicht ein Pionier. In der Epoche Bismarcks in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden Rentenversicherungen eingeführt, wie auch Kranken- und Unfallversicherungen. Trotzdem konnte mit diesen Maßnahmen die Armut nicht beseitigt werden. Die vor dem Zweiten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen vermittelten wichtige Lektionen. Ohne staatliche Maßnahmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Armut kann Kapitalismus zu politischer Instabilität und sozialer Aufruhr letztlich zum Ende des Kapitalismus führen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich in den meisten westeuropäischen Ländern Sozialstaaten. Die vom Staat finanzierten und organisierten Maßnahmen reduzierten Armut und Ungleichheit.

In jüngster Zeit sehen sich die Sozialstaaten mit wichtigen Herausforderungen konfrontiert.

Diese Herausforderungen bestehen in aktuellen Schwierigkeiten und strukturellen, langfristigen Problemen.

Seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts stagnieren die Wachstumsraten in Westeuropa. Dies betrifft die meisten europäischen Länder, insbesondere jedoch Frankreich, Italien und Deutschland. Deutschland hat derzeit (2003-2004) überhaupt kein Wachstum zu verzeichnen. Und obwohl die Produktivität immer noch wächst, hat sich die Arbeitslosigkeit erhöht. Aufgrund des geringeren Wachstums und der hohen Arbeitslosenrate schwanken die Steuereinnahmen. Die hohe Summe für das Arbeitslosengeld treibt ebenfalls die Staatsausgaben nach oben. Geringere Einkommen und erhöhte Ausgaben führen zu Defiziten. In Frankreich und Deutschland übersteigt das Budgetdefizit 3 Prozent des nationalen Einkommens, was von der Europäischen Kommission als Maximum festgelegt wurde.

Selbst wenn sich das Wachstum beschleunigt und es gelingt, die Arbeitslosigkeit zu senken, hätten viele europäische Länder immer noch Finanzprobleme. Die europäische Bevölkerung ist insgesamt älter geworden. Es werden weni-

ger Kinder geboren, und die Menschen sterben in einem höheren Alter. Durch diese demografischen Entwicklungen sind die Sozialstaaten unter Druck geraten. Eine älter werdende Bevölkerung beinhaltet mehr Rentempfänger. Wenn die älter werdende Bevölkerung in Europa in Zukunft die gleichen Renten wie heute beziehen soll, ist mit einem dramatischen Anstieg der Kosten zur Finanzierung der Renten zu rechnen. Um diese Herausforderung zu meistern, müssen die Sozialstaaten entweder Reformen durchführen, die Steuern erhöhen oder das staatliche Wohlfahrtssystem abschaffen. Kombinationen aus Reformen, Steuererhöhungen und der Reduzierung von staatlicher Unterstützung sind natürlich auch möglich.

In den europäischen Sozialstaaten haben die Rentenprobleme zahlreiche Debatten ausgelöst und Reformvorschläge hervorgebracht. Die Art und Weise sowie die Schnelligkeit, mit der Reformen auf den Weg gebracht werden, variieren stark von Land zu Land.

In Großbritannien hat die konservative Premierministerin Margaret Thatcher bereits in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts Reformen initiiert. Sie fuhr eine aggressive Strategie. Die Gewerkschaften verloren an Einfluss, Steuern wurden gesenkt - vor allem für die Wohlhabenden - und staatliche Unterstützungen gekürzt. In Großbritannien hat das Netz der sozialen Sicherheit viele Löcher. Das Rentensystem garantiert kein angemessenes Einkommen für alle, eine große Anzahl von älteren Menschen lebt deshalb in Armut. In Großbritannien hat die soziale Ungleichheit zweifellos zugenommen.

In Schweden und Norwegen waren die politischen Reformen anders. Hier lag der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate. In beiden Ländern hat die Regierung die Gebühren für Kindergartenplätze gesenkt und den Mutterschaftsurlaub bzw. die Elternzeit ausgeweitet. Diese Länder hoffen, dass eine hohe Geburtenrate ihnen hilft, die Probleme der alternden Bevölkerung zu überwinden.

Deutschland und Frankreich befinden sich im Prozess der Umsetzung von Reformen. Die Agenda 2010 ist Deutschlands Reformpaket. Es besteht aus der Reduzierung von Rentenansprüchen,

der Kürzung von Arbeitslosengeld, der Erhöhung von privaten Zuzahlungen im Krankheitsfall und der Lockerung des Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer. Darüber hinaus plant die deutsche Regierung die Senkung von Steuern.

Als Folge der Reformen wird sich kurzfristig wahrscheinlich die Ungleichheit zwischen Arm und Reich erhöhen. Es wird mehr finanziell bedürftige Menschen und weniger sichere Arbeitsplätze geben. Falls die Reformen Erfolg zeigen, wird sich das Wachstum erhöhen und vielleicht die Arbeitslosigkeit verringern. Wenn die Steuern sinken, wird es für die Unternehmen attraktiver, Arbeitskräfte einzustellen. Die Lockerung des Kündigungsschutzes kann den Anreiz der Unternehmen zur Einstellung von Personal verstärken. Grund dafür ist, dass Firmen Personal entlassen können, sobald sich die ökonomischen Bedingungen verschlechtern. Das Sinken der Arbeitslosenrate und die Erhöhung des Wirtschaftswachstums können zu mehr Steuereinnahmen führen. Dann ist der Staat in der Lage, der Bevölkerung auch in Zukunft soziale Sicherheit zur Verfügung zu stellen. So können die Reformen den Sozialstaaten eine zweite Chance eröffnen.

Falls die Reformen nicht zum Erfolg führen, ist mit einer hohen Arbeitslosenrate und niedrigem Wachstum zu rechnen. In diesem Fall könnte Deutschland mit Armut auf einem hohen Niveau konfrontiert werden.

#### **Übersetzung: Angelika Dierkes**

Anm. der Redaktion: Sozialstaat ist die neutralere Übersetzung für *welfare state*; "Wohlfahrtsstaat" ist auch richtig, wird aber in der öffentlichen Diskussion inzwischen häufiger abwertend verwendet.

## Schwerpunktthema mit Hintergrund

➤ Ergänzendes Material zum besseren Verständnis

### Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins

von Kurt Geppert und Martin Gornig

Grundlage des folgenden Kapitels ist der **Wochenbericht des DIW Berlin 26/2003**.

Die Autoren haben den Bericht für DIW@school stark gekürzt. Darauf folgt **ein Artikel aus einer Tageszeitung** zu diesem Thema und ein **Auszug aus einem klassischen Werk der modernen Ökonomik** von Alfred Marshall aus dem Jahre 1905. Seine Analyse der Gründe, weshalb bestimmte "Gewerbe" sich bevorzugt in Städten ansiedeln, ist noch heute aufschlussreich.

#### Der Bericht in Kürze

Ein Ergebnis der Industrialisierung ist die gewachsene Bedeutung der Städte für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder. Ende des 19. Jahrhunderts zogen Industrieunternehmen wie Siemens in Berlin oder ThyssenKrupp im Ruhrgebiet die Menschen aus den ländlichen Gebieten in großen Massen an. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich dieser Prozess fort. Es zogen viel mehr Menschen in die Städte als in deren Umland oder aufs Land. Diese Entwicklung, die man als Urbanisierung bezeichnet, kehrte sich erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts um. Viele Menschen, aber auch Unternehmen wollten der Enge der Städte entkommen und ließen sich im Umland der großen Städte nieder. Diese Randwanderung, auch Suburbanisierung genannt, hatte Folgen. Immer mehr Menschen wollten in den Randbezirken leben und arbeiten, so dass die Einwohner- und Beschäftigtenzahlen hier stärker stiegen als in den Stadtzentren. Die meisten Stadtregionen (Städte und jeweiliges Umland) erzielten höhere Zuwächse als die ländlichen Gebiete. Dies änderte sich in den 70er Jahren. Es wurden weniger Menschen geboren, und die allgemeine Beschäftigung nahm ab. Fast alle großen Städte verloren Einwohner, und die Stadtregionen verloren an Gewicht gegenüber den ländlichen Gebieten. Eine erneute grundlegende Veränderung trat Mitte der 1990er Jahre ein. Nachdem die Großstädte über viele Jahre Einwohner- und Beschäftigungsverluste verzeichnen mussten, kehrte

sich dieser Prozess in den Jahren 1998 bis 2002 um. Die Beschäftigung nahm in den großen Städten auf einmal deutlich stärker zu als in ganz Deutschland und in den Umlandregionen insgesamt.

Solange diese Entwicklung nur mit den Daten aus fünf Jahren zu belegen ist, wird man vielleicht noch nicht von einem neuen räumlichen Trend ("Re-Urbanisierung") sprechen wollen. Die Daten liefern aber Hinweise darauf, dass die Großstädte Deutschlands im Begriff sind, ihre Stellung weiter zu festigen und auszubauen. Allerdings gibt es dabei sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Städten. Es lassen sich vier Gruppen von Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern bilden (Abbildung 1):

- Köln, Frankfurt und München sind die mit Abstand pulsierendsten Zentren.
- In Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart ist die Beschäftigung ebenfalls stark angestiegen.
- Bremen sowie die drei Ruhrgebietsstädte Dortmund, Essen und Duisburg lagen mit ihrer Beschäftigungsentwicklung in der Nähe des nationalen Durchschnitts.
- Berlin ist die einzige deutsche Großstadt, in der die Beschäftigung von 1998 bis 2002 deutlich zurückging.

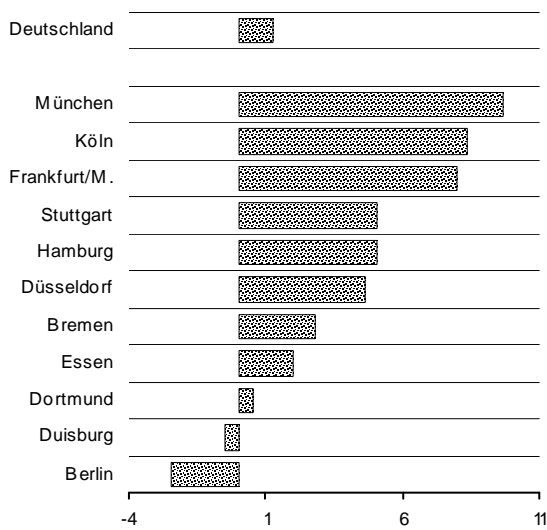


Abbildung 1 (im WB26/2003 Abb.2): **Beschäftigungsentwicklung in deutschen Großstädten, 1998-2002 (Veränderung in %)**

Welche generellen ökonomischen Veränderungen können das Comeback der großen Städte erklären?

Eine Hauptursache dürfte sein, dass sich die Bedeutung der verschiedenen Branchen für die deutsche Wirtschaft verändert hat. Motor des Wirtschaftswachstums ist nicht mehr allein die Industrie. Immer wichtiger werden die Dienstleistungsbranchen. Für die Bedeutung der Städte ist es also nicht mehr nur entscheidend, welche Industriegüter, sondern auch welche Dienstleistungen sie in anderen Regionen verkaufen können.

Beim Comeback der großen Städte fällt nämlich auf, dass vor allem die Städte profitieren haben, in denen diese Dienstleistungen am stärksten vertreten sind, so z. B. München, Köln und Frankfurt (Abbildung 2).

Auch Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart beschäftigen im Vergleich zu den übrigen Großstädten mehr Menschen im Bereich der überregionalen Dienstleistungen und weisen deshalb eine günstigere Beschäftigungsentwicklung auf. Zu den überregionalen Dienstleistungen gehören zum Beispiel Banken, Versicherungen und Unternehmensberatungen für Software, Werbung, Marketing etc. Hinzu kommt der Mediensektor mit Film und Fernsehen sowie im Zusammenhang mit dem Tourismus weite Teile des Kulturbereichs und des Gastgewerbes.

Großstädte bieten vielfältige Kontakt- und Austauschmöglichkeiten und schaffen damit

offensichtlich besonders günstige Bedingungen für die Unternehmen in den Branchen überregionaler Dienstleistungen. Diese konzentrieren sich dabei auf die besonders wachstumsstarken Großstädte. München, Frankfurt, Köln, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg konnten ihre Beschäftigung bei den überregionalen Dienstleistungen zwischen 1998 und 2002 um gut 20 % ausweiten. Die mit Abstand größte deutsche Stadt, Berlin, fällt auf diesem Gebiet allerdings gegenüber den westdeutschen Wachstumszentren deutlich zurück. Mit einem Beschäftigungszuwachs von knapp 15 % seit 1998 wird hier gerade einmal die Wachstumsrate für Deutschland insgesamt erreicht.

Zwischen den Branchen überregionaler Dienstleistungen gibt es in Berlin jedoch große Unterschiede. In Zeitraum 1998 bis 2002 wurden im Bereich der Kreditinstitute und Versicherungen sowie bei der technischen Beratung (Ingenieur- und Architekturbüros) rund 10% weniger Leute beschäftigt. In anderen deutschen Wachstumszentren wie Frankfurt und München kam es hier noch zu deutlichen Zuwächsen.

Ein Lichtblick in der Beschäftigungsentwicklung wurde für Berlin allerdings die Werbebranche, in der fast 95 % mehr Stellen besetzt werden konnten. Auch Film und Fernsehen sowie die Wirtschaftsorganisationen schufen gut 40 % mehr Arbeitsplätze. Das ist bundesweit unerreicht.

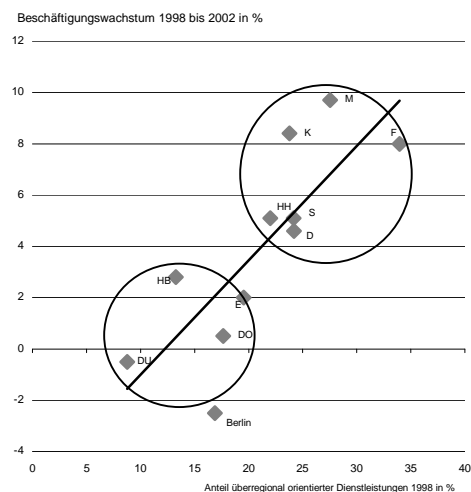


Abbildung 2 (im WB26/2003 Abb.3): **Zusammenhang zwischen dem Anteil überregionaler Dienstleistungen und Beschäftigungswachstum in deutschen Großstädten, 1998 bis 2002**

Presseartikel: "Heimlich stark – Der Standort Berlin"  
aus: Der Tagesspiegel, Berlin (Grafik: Tsp/Schilli) vom 31.8.03, S. 22

# Heimlich stark

Der Standort Berlin: Eine Serie des Tagesspiegels zeigt die erfolgreichen

Seiten der Hauptstadt. Folge 1: Wo Berlin am schnellsten wächst

Berlin ist Politik- und Kulturmetropole, aber ökonomische Provinz. Doch in manchen Branchen wächst Berlin dynamischer als München, Hamburg oder Frankfurt am Main. Unsere Serie zeigt, wo der Standort Hauptstadt funktioniert. Wir präsentieren Unternehmen, die Berlins Chancen nutzen, und sagen, wo der Standort noch besser werden muss.

VON ALEXANDER VISSER

**B**erlins Wirtschaftsleistung schrumpft seit zwei Jahren, nur die Zahl der Arbeitslosen scheint ewig zu wachsen. Die Stadt hat Schulden angehäuft, die sie ohne fremde Hilfe nie zurückzahlen kann, und ist nicht in der Lage, einen vernünftigen Flughafen zu bauen. Und wer Berliner Unternehmer nach den entscheidenden Schwächen des Standorts fragt, hört oft die fantasievolle Antwort: Der Bund hätte die Berlin-Subventionen nicht so schnell einstellen dürfen. So klingt der Berlin-Blues. Dabei übersieht man,



dass die Hauptstadt in den vergangenen fünf Jahren in einigen Bereichen ein erstaunliches Wachstum hingelegt hat. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Boombranchen der Stadt untersucht. Die Analyse zeigt, wie eine erfolgreiche Zukunft des Standorts aussehen könnte.

Die gute Nachricht für Berlin: In Deutschlands Großstädten sind in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich viele neue Jobs entstanden. Wie aus der DIW-Untersuchung hervorgeht, expandierte die Beschäftigung in den Metropolen zwischen 1998 und 2002 deutlich stärker als im Landesdurchschnitt, der bei 1,3 Prozent lag. Die dynamischsten Städte München, Köln und Frankfurt am Main erreichten zwischen acht und zehn Prozent Wachstum. Ein neuer Trend, denn seit Ende der 60er Jahre waren die Städte ökonomisch zurückgefallen.

Die schlechte Nachricht für Berlin: Am Beschäftigungs-Boom der Großstädte nahm die Hauptstadt nicht teil. Hier sank die Zahl der Jobs zwischen 1998 und 2002 sogar um 2,5 Prozent. Das liegt nicht nur am Schwund von Industriearbeitsplätzen in der Hauptstadt, denn darunter litten auch andere Metropolen. Doch dort erreichten überregionale Dienstleistungen Stellenzuwächse von bis zu 20 Prozent: Finanzdienste, Unternehmens- und Rechtsberatung, Medien, Versicherungen gleichen Arbeitsplatzverluste in Industrie und Handwerk aus.

Schaut man genauer hin, finden sich aber auch im miesen Berliner Zeugnis ein paar gute Noten, die Hoffnung machen. In den überregionalen Dienstleistungsbranchen (plus 94,4 Prozent), Wirtschaftsorganisationen (plus 42,0 Prozent) sowie Film und Fernsehen (plus 41,6 Prozent) hat Berlin in den vergangenen Jahren mehr Beschäftigungszuwachs verzeichnet als alle anderen deutschen Großstädte. Dynamischer als der Durchschnitt entwickelte sich das Wachstum auch bei den überregionalen Dienstleistungen IT-Beratung, Tourismus und Verlagswesen.

„Unsere Untersuchung zeigt, dass Berlin vor allem in Branchen stark gewachsen ist, die unter der Konjunkturkrise besonders gelitten haben“, sagt Kurt Geppert, einer der Autoren der DIW-Studie. Daher sei von Aufbruchstimmung in den vergangenen Monaten auch nichts zu spüren gewesen. Der aktuelle Wirtschaftsbericht des Senats, am vergangenen Freitag veröffentlicht, zeigte: Berlins Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2003 geschrumpft. Allerdings sieht der Senat jetzt erste Anzeichen für eine Erholung. „Unsere Hypothese ist, dass Berlin in diesen Branchen strukturell gut aufgestellt ist und weiterhin hohes Entwicklungspotenzial besitzt“, sagt Geppert.

Davon ist auch Klaus Keil überzeugt, Geschäftsführer der Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH, die die wachstumsstarke Filmbranche in der Region weiter voranbringen soll. Mehr als 10 000 Beschäftigte erwirtschaften hier einen Jahresumsatz von rund 800 Millionen Euro. „Berlin bietet nicht nur ein

staunliches kreatives Potenzial“, sagt Keil. „Es hat auch eine klare Professionalisierung gegeben. Sonst hätten wir eine 100-Millionen-Dollar-Produktion wie 'In 80 Tagen um die Welt' nicht nach Berlin holen können.“

Nur fehlt zurzeit oft das Geld, geplante Produktionen umzusetzen. So wurde die Filmboard allein im ersten Halbjahr um 50 Millionen Euro Fördergelder ersucht – bei einem Filmboard-Jahresetat von 15 Millionen Euro. „Im Schnitt führen unsere Fördergelder zu einem Wirtschaftseffekt von 300 Prozent“, sagt Keil. „Könnten wir 50 Millionen Euro einsetzen, könnte das zu Umsätzen von 150 Millionen Euro in Berlin und Brandenburg führen.“

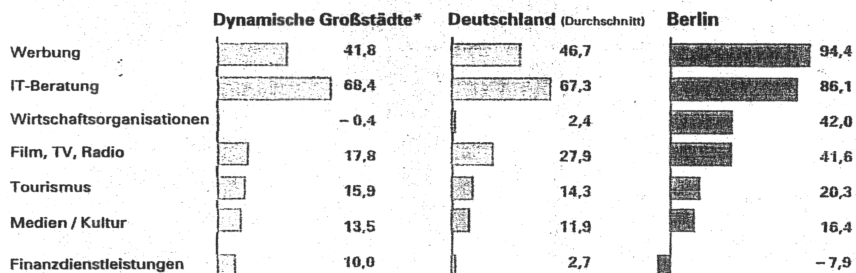
„Berlin gilt als kreative und dynamische Stadt, und dieses Image hat reale Auswirkungen auf den Standort für die Werbebranche“, sagt Katja Kühnel, die die besonders wachstumsstarke Branche bei der Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) betreut. Zwischen 1998 und 2001 verdoppelte sich hier die Zahl der Beschäftigten fast, wuchs von 3849 auf 7185. Für die Branche stimmt das Umfeld in Berlin: Filmemacher, Musiker oder die Clubszene sorgen für neue Ideen und locken Nachwuchs in die Stadt, der von den konkurrenzlos günstigen Lebenshaltungskosten profitiert. So ist Berlin in der Werbewirtschaft Dienstleistungsexporteur geworden: „70 Prozent der Aufträge kommen von außerhalb Berlins“, schätzt Kühnel. Das spricht für die Kreativität der Berliner Firmen – und für das geringe Auftragsvolumen, das Berlin selbst generiert.

DIW-Forscher Geppert geht davon aus, dass Berlins Zukunft in der Vernetzung verwandter Wirtschaftsbereiche liegt. Im Bereich Werbung, Medien und Teilen der Computerbranche etwa entwickle sich ein „integrierter Produktionscluster“. Die dynamische Entwicklung werde durch den hohen Stellenwert Berlins als Wissenschafts- und Kulturmetropole gefördert. Geppert sieht Berlins Entwicklungschancen vor allem bei überregionalen Dienstleistungen, die noch nicht so stark räumlich gebunden sind. Berlin wird der Bankenmetropole Frankfurt dagegen nicht den Rang ablaufen.

Der Standort Berlin hat eine Zukunft, wenn die wachstumsstarken Branchen auf angrenzende Bereiche ausstrahlen und Unternehmen für neue überregionale Dienstleistungen Exportmärkte erschließen. Und wenn Berlins Unternehmer aufhören, den goldenen Subventionszeiten nachzutraumern.

## Berlins erfolgreiche Branchen

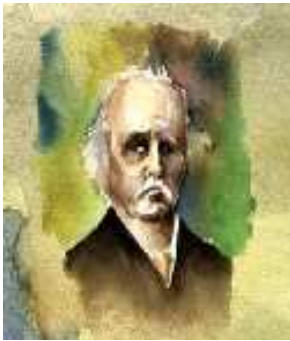
Beschäftigungsentwicklung bei überregionalen Dienstleistungen 1998 bis 2002, Veränderungen in Prozent



\* Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt (Main), Stuttgart, München

Quelle: DIW, Grafik: Tsp / Schilli

## Alfred Marshall über die Vorteile lokaler Konzentration



Vignir Jóhannsson: Marshall

Wenn eine Industrie (...) sich für einen bestimmten Ort entschieden hat, dann wird sie wahrscheinlich lange Zeit dort bleiben; so groß sind die Vorteile, welche die Nachbarschaft denen gewährt, die ein und dasselbe gelernte Gewerbe betreiben. Die

Geheimnisse des Gewerbes verlieren das Geheimnisvolle (...). Gute Arbeit wird anerkannt, Erfindungen und Verbesserungen in technischer und allgemein-organisatorischer Beziehung werden schnell gewürdigt; jede neue Idee des einzelnen wird von den andern aufgenommen und mit eigenen Auffassungen verarbeitet, dadurch die Quelle zu weiteren Ideen bildend. Hilfgewerbe entstehen in der Nachbarschaft, welche Werkzeuge und Material liefern, den Verkehr organisieren und auf vielerlei Art zu vorteilhafter Anwendung des Materials führen.

Auch kann in einem Distrikte mit großer, gleichartiger Gesamtproduktion die wirtschaftliche Ausnützung sehr kostspieliger Maschinenanlagen oft in hohem Maße erzielt werden, ohne dass das Kapital, welches der einzelne in das Geschäft hineinsteckt, sehr groß ist. Denn die Hilfgewerbe, von denen jedes sich nur einem kleinen Teile des Produktionsprozesses widmet und gleichzeitig für viele Nachbarn arbeitet, können sehr hoch spezialisierte Ma-

schinen dauernd verwenden und dabei doch auf ihre Rechnung kommen (...).

[Lokale Konzentration einer Branche bedeutet] auch dadurch einen großen Vorteil, dass sie einen beständigen Markt für gelernte Arbeit bildet. Die Unternehmer werden sich am liebsten dort etablieren, wo sie am ehesten eine gute Auswahl der von ihnen benötigten gelernten Arbeiter finden können; und Arbeiter, die Arbeit suchen, werden sich naturgemäß an den Orten sammeln, wo es viele Arbeitgeber gibt, die gerade so geschulte Arbeiter brauchen, wo also ein guter Markt für ihre Geschicklichkeit vorhanden ist. Der isolierte Fabrikant ist oft in großer Verlegenheit, wenn ein besonders geschulter Arbeiter ihn plötzlich im Stich gelassen hat, und letzterer kann nicht leicht Unterkommen finden, wenn er plötzlich arbeitslos geworden ist. (...)

Bis jetzt haben wir die Lokalisation unter dem Gesichtspunkt der Produktionsvorteile besprochen; aber auch die Bequemlichkeit der Kunden muss in Betracht gezogen werden. Wenn der Konsument nur eine Kleinigkeit kaufen will, dann wird er in den nächsten Laden gehen; hat er aber eine wichtige Anschaffung zu machen, dann nimmt er sich die Mühe, einen bestimmten Stadtteil aufzusuchen, wo es besonders gute Geschäfte für seinen Zweck gibt. Geschäfte für kostspielige und ausgewählte Gegenstände konzentrieren sich daher gern.

Aus: Alfred Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart und Berlin: Cotta 1905, S. 293-295  
Abb.: [www.hi.is/~gylfason/gallery2.htm](http://www.hi.is/~gylfason/gallery2.htm)

### Fragen zum besseren Verständnis

- ✓ In welchen Branchen sind die großen Städte besonders erfolgreich? Wie würde Marshall das erklären?
- ✓ Machen Sie eine Liste von Branchen, die man sehr geballt an bestimmten Orten findet. Überlegen Sie für einige dieser Branchen, welches dafür die Gründe sein könnten.
- ✓ Die Tabelle zeigt, dass in den Großstädten mit "hoher Dynamik" die Beschäftigung im Kulturbereich stärker wächst als in den anderen Großstädten. Wächst die Kultur dort, weil die Stadt wächst, oder könnte es auch umgekehrt sein?
- ✓ Vergleichen Sie den Bericht der Forscher des DIW Berlin mit dem Artikel, den der Berliner "Tagespiegel" daraus gemacht hat. Überlegen Sie, wie z.B. eine Hamburger oder Kölner Zeitung über den Wochenbericht des DIW Berlin berichtet hätte.

## Forschung im Original

Originalbeitrag aus den Wochenberichten des DIW Berlin mit zusätzlichen Erläuterungen

### Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik

von Joachim Volz

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konjunkturabteilung des DIW Berlin

#### 1. Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Großbritannien seit über einem Jahrzehnt deutlich günstiger als im **Euroraum**. Bei höherem Wirtschaftswachstum waren Preisanstieg und Arbeitslosenquote geringer. Seit 1992 ist das **Bruttoinlandsprodukt** um 35 % und damit wesentlich stärker als im Euroraum (22 %) gestiegen. Die **Arbeitslosenquote** liegt seit mehreren Jahren bei gut 5 %, während sie im Euroraum rund 8 1/2 % beträgt. Der Preisanstieg (**HVPI**) in Großbritannien war im Durchschnitt des gesamten Zeitraums mit 1,8 % gegenüber 2,2 % deutlich niedriger; in den letzten Jahren hat sich der Abstand sogar vergrößert. Wesentlich für den Erfolg war, dass die Wirtschaftspolitik in Großbritannien entschieden **antizyklisch** ausgerichtet war.

#### 2. Rückblick

Etwa zwei Jahre früher als die meisten anderen europäischen Länder, nämlich schon um die Jahresmitte 1990, war Großbritannien in eine schwere **Rezession** geraten. Innerhalb von knapp zwei Jahren ging das Bruttoinlandsprodukt um 4 1/2 % zurück, und die Arbeitslosenzahl stieg um über 1 Million; dies entsprach einem Anstieg der Arbeitslosenquote von etwa 7 % auf rund 10 %. Überhöhte Lohnsteigerungen im Vergleich zu den europäischen Kernländern und im Verhältnis zur eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigten im Verbund mit einem ebenfalls überhöhten und im **Europäischen Währungssystem** gebundenen Pfundkurs die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** erheblich.

**Euroraum:** Die Länder, die bisher den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien.

**Bruttoinlandsprodukt:** Summe der Einkommen, die in einer Volkswirtschaft entstehen. Betrag entspricht der Summe aller Ausgaben für die produzierten Güter und Dienstleistungen (privater Konsum, Staatsausgaben, Investitionen, Exportüberschuss).

**Arbeitslosenquote:** Kennzeichnet den Anteil der erwerbssuchenden, arbeitsfähigen Menschen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen.

**HVPI:** Harmonisierter Verbraucherpreisindex (wird für die europäischen Länder nach gleichen Regeln berechnet, um eine Vergleichbarkeit der Preisentwicklung zu gewährleisten).

**Rezession:** Phase des Konjunkturzyklus, in der es zu einem allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung kommt.

**Europäisches Währungssystem:** 1979 eingerichtetes System zur Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den meisten europäischen Währungen.

**Internationale Wettbewerbsfähigkeit:** Ein Land ist international wettbewerbsfähig, wenn es genauso viele Waren und Dienstleistungen einführt (importiert) wie ausführt (exportiert). Eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kann über einen geringeren Preis oder über eine höhere Qualität der hergestellten Waren und Dienstleistungen gegenüber den anderen Ländern erreicht werden. Wichtigstes Indiz für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wären vergleichsweise niedrigere Lohnkosten pro

Das **Leistungsbilanzdefizit** stieg 1992 kräftig. Als Reaktion auf die sich verschärfende Situation suspendierte die Regierung im September 1992 die Teilnahme am Europäischen Währungssystem. Damit gewann die Geldpolitik Handlungsspielraum für einen antizyklischen Kurs, den sie für Zinssenkungen nutzte; innerhalb eines Jahres gingen die **kurzfristigen Zinsen** von **nominal** knapp 10 % auf knapp 6 % zurück. Gleichzeitig stabilisierte die Finanzpolitik die wirtschaftliche Entwicklung durch die Hinnahme extrem hoher Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten - bis zu fast 8 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1993. Als Folge der **Abwertung** und der damit wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit, die sich zunächst auch in einem Rückgang des **Lohnstückkostenanstiegs** widerspiegelte, konnten sich die Exporte erholen und expandierten bis Mitte der 90er Jahre stärker als im Euroraum insgesamt. Mit den niedrigen Zinsen gewannen sowohl der private Konsum als auch die Investitionen rasch an Dynamik. Der wirtschaftspolitische Kurswechsel legte somit den Grundstein für eine lang andauernde wirtschaftliche Expansion.

### 3. Geldpolitik

Im Jahre 1994 war das Wirtschaftswachstum mit 4,7 % schon so stark, dass die Notenbank ihren **expansiven Kurs zurücknahm**. Wegen einer deutlichen Beschleunigung des Verbraucherpreisanstiegs ging die **Geldpolitik** 1997/98 vorübergehend sogar auf **Restriktionskurs**. Die kurzfristigen **Zinsen** stiegen deutlich und lagen damit über den langfristigen. **Die höheren Zinsen trieben den Pfundkurs** zeitweise bis auf weit über 3 D-Mark bzw. im Höhepunkt auf rund 1,70 Euro, wodurch sich die Exporte kräftig verteuerten. Als sich im Gefolge der **Asienkrise** (August 1998) eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums abzeichnete, ging die Geldpolitik jedoch wieder auf Gegenkurs. In den vergangenen zwei Jahren lagen die langfristigen wieder über den kurzfristigen Zinsen, und die Geldpolitik stützte mit mehreren Zinssenkungen die Konjunktur. Angesichts der weltwirtschaftlichen Schwäche hat die Bank of England in jüngster Zeit ihren Zinssatz auf 3,75 % und damit auf das tiefste Zinsniveau seit 1955 gesenkt.

Bei der Entwicklung der Verbraucherpreise, deren Anstieg (gemessen am HVPI) in den letzten Jahren bei gut 1 % und damit zumeist sogar noch unter der deutschen Rate lag,

produzierter oder geleisteter Einheit (Lohnstückkosten). Die Wettbewerbsfähigkeit kann auch durch eine Abwertung (Erklärung s.u.) der eigenen Währung erhöht werden.

Die **Leistungsbilanz** ist die Differenz von Ausfuhren (Exporten) und Einfuhren (Importen) von Gütern und Dienstleistungen eines Landes; eine Volkswirtschaft mit Leistungsbilanzdefizit hat mehr importiert als exportiert.

**kurzfristige Zinsen:** Unter kurzfristig werden zumeist Zinsen für kurzfristige Anlagen von einigen Monaten (typischerweise 3 Monate) verstanden, für die langfristigen Zinsen betrachtet man typischerweise die Zinsen für mehrjährige Staatspapiere (z.B. 10-jährige Bundesanleihen).

**nominal:** Als Nominalzinssatz bezeichnet man den Grundzinssatz, der keine Gebühren und Nebenkosten enthält. Anders als der Realzinssatz ist er nicht um die Preissteigerungsrate korrigiert.

**Abwertung:** Verringerung des Wertes einer Währung gegenüber anderen Währungen; dadurch werden Importe teurer, während inländische Produkte für das Ausland billiger werden. Dadurch wird also der Export angekurbelt.

**Lohnstückkosten** geben die Arbeitskosten pro hergestellter Einheit an.

**expansiven Kurs zurücknahm:** Hier wird folgender Zusammenhang beschrieben: Die britische Zentralbank erhöhte die Zinsen, was die Finanzierung von Investitionen teurer machte. Dadurch sank die Nachfrage und die Wirtschaft wuchs wieder langsamer. Ein solcher Kurs wird **Restriktionskurs** genannt.

**Geldpolitik:** Steuerung des monetären Bereichs der Wirtschaft, u.a. über die kurzfristigen Zinsen.

**Zinsen:** Preis für die Bereitstellung finanzieller Mittel (Kredit).

**Die höheren Zinsen trieben den Pfundkurs:** Weil in Großbritannien die Zinsen stiegen, wollten mehr Ausländer ihr Geld auf der Insel anlegen. Steigt die Nachfrage nach britischen Pfund, müssen Angebot und Nachfrage dieser Währung durch einen höheren Preis für das britische Pfund ins Gleichgewicht gebracht werden.

**Asienkrise:** Schwere, langfristige Wirtschaftskrise einiger asiatischer Länder, die auch Auswirkungen auf Europa und die USA hatte.

wurde seit 1997 mit Anstiegsraten von unter 2 % praktisch **Preisstabilität** erreicht.<sup>1</sup> Im Euroraum lag der Preisanstieg in den letzten drei Jahren mehr als doppelt so hoch; erst in jüngster Zeit nähern sich die Raten einander an.

#### 4. Finanzpolitik

Im Tiefpunkt der Rezession im Jahre 1993 wurde die Ausweitung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf knapp 8 % des Bruttoinlandsprodukts bewusst hingenommen. Anders als die meisten europäischen Länder war Großbritannien nicht den Zwängen des Maastricht-**Konvergenzprozesses** ausgesetzt und konnte seine Finanzpolitik antizyklisch wirken lassen.<sup>2</sup> Mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung schritt die finanzpolitische **Konsolidierung** rasch voran. 1998 wies Großbritannien als einzige größere europäische Volkswirtschaft wieder einen **Haushaltsüberschuss** auf. Dabei konnte sogar die steuerliche Belastung des durchschnittlichen Lohnempfängers von etwa 33 % im Jahre 1994 auf etwa 30 % im Jahre 2000 (im Euroraum dagegen fast unverändert 44,6 % bzw. 43,6 %) gesenkt werden.<sup>3</sup>

#### 5. Arbeitsmarkt und Lohnentwicklung

Große Erfolge konnte die britische Wirtschaftspolitik im Beobachtungszeitraum bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreichen. So hat sich die **standardisierte Arbeitslosenquote** von 1993 bis zum Beginn dieses Jahrzehnts von rund 10 % auf rund 5 % halbiert, wobei auch das Arbeitsvolumen in Stunden gemessen deutlich stieg.<sup>4</sup> Im Euroraum dagegen ging die Arbeitslosenquote lediglich um 2 Prozentpunkte auf rund 8,5 % zurück.

In Großbritannien kam es angesichts der raschen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zu deutlichen Einkommenssteigerungen, die vor allem auf einen vergleichsweise kräftigen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte zurückgingen. Dabei wurde der **stabilitätsorientierte Richtwert**<sup>5</sup> der Bank of England für die Lohnentwicklung nicht nennenswert überschritten.

Bei im Vergleich kräftigen Lohnsteigerungen sind die Lohnstückkosten seit Mitte der 90er Jahre stärker als im Euroraum gestiegen. Jedoch hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten seit dem zweiten Quartal 2001 erheblich ver-

**Preisstabilität:** Die Preise eines festgelegten Waren- und Dienstleistungsbündels bleiben im Durchschnitt gleich.

**Konvergenzkriterien:** Für alle Länder des Euroraumes geltende Regeln, z. B.: die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte darf 3 % nicht überschreiten. Mit den Kriterien sollte die wirtschaftliche Stabilität des Euro gesichert werden.

**Konsolidierung:** Ein Prozess, in dem versucht wird, die Staatsschulden abzubauen.

**Haushaltsüberschuss** besteht, wenn der Staat mehr Geld eingenommen hat (z.B. Steuern) als er ausgegeben hat.

In verschiedenen Ländern wird die Zahl der Arbeitslosen unterschiedlich gemessen; die „nationalen“ Quoten werden durch die sogenannte **standardisierte Arbeitslosenquote** vergleichbar gemacht.

**Stabilitätsorientierter Richtwert:** vgl. Fußnote 5.

langsam. Zum ersten Mal seit Anfang 1996 gingen dabei die Lohnstückkosten sowohl für die Gesamtwirtschaft (-0,4 % im dritten Quartal 2002 gegenüber dem Vorjahr) als auch - noch stärker - für das **verarbeitende Gewerbe** (-1,7 %) zurück.<sup>6</sup>

## 6. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In den letzten Jahren lag das Wachstum in Großbritannien über dem des Euroraums - obwohl der **außenwirtschaftliche Vorteil** für die britische Wirtschaft in den vergangenen Jahren entfallen ist: Das Pfund hat merklich aufgewertet. Das vergleichsweise befriedigende Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren ist ausschließlich einer kräftig expandierenden **Binnennachfrage** zu verdanken, zu deren Stützung seit dem Jahre 2001 auch wieder die Finanzpolitik mit einer spürbaren Ausweitung der öffentlichen Ausgaben beiträgt. Denn während die Importe im Zuge der anhaltend kräftig expandierenden Binnennachfrage schon seit 1996 wieder rascher stiegen als die Exporte, schwächte sich nunmehr auch der Anstieg der Exporte deutlich ab. Dies ging mit einem deutlichen Rückgang des Anteils der Warenexporte an den Gesamtexporten einher. Anders als im Euroraum insgesamt verschlechterte sich die Leistungsbilanz erheblich und wurde deutlich defizitär: Seit 1999 liegt das Defizit bei rund 2 % des Bruttoinlandsprodukts.

Der eigentliche Problembereich der britischen Wirtschaftsentwicklung ist die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Das **Produktivitätsniveau** lag bis zuletzt deutlich<sup>7</sup> unter dem der wichtigsten Konkurrenzländer. Die Regierung hat die Beschleunigung der Produktivitätsentwicklung zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt. Im Rahmen eines mehrjährigen Ausgabenprogramms - das in dieser Form gegenwärtig in keinem anderen europäischen Land eine Entsprechung hat - werden nunmehr die **öffentlichen Investitionen**, vor allem im Infrastrukturbereich (insbesondere Verkehrswesen, Gesundheitswesen und Erziehungswesen), deutlich erhöht.

Zusätzlich wurden die **Körperschaftsteuer** deutlich gesenkt und Anreize für Investitionen gesetzt (Begünstigungen für Investitionen im IT-Bereich, Steuerermäßigungen für Investitionen im **Risikokapitalbereich** sowie eine 150%ige Abzugsmöglichkeit der Ausgaben für Forschung und Entwicklung vom steuerpflichtigen Gewinn bei den kleinen und mittleren Unternehmen usw.). Schließlich wurden spe-zielle

**verarbeitendes Gewerbe:** Es handelt sich insbesondere um Industrieproduktion, z.T. Handwerk, nicht aber Bau, Bergbau, Landwirtschaft, Dienstleistungen, Verkehr u.a.

**außenwirtschaftlicher Vorteil:** besteht, wenn eine Währung zu niedrig bewertet ist, da die Güter und Dienstleistungen dann im Ausland billiger sind.

**Binnennachfrage:** Nachfrage nach Gütern und Leistungen auf dem einheimischen Markt.

**Produktivitätsniveau:** Beschreibt die Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Die Produktivität wird im Normalfall als hergestellte/geleistete Menge je Arbeitsstunde gemessen (Arbeitsproduktivität).

**öffentliche Investitionen:** Staatliche Ausgaben für Investitionen im Unterschied zum öffentlichen Konsum (z.B. Löhne und Gehälter im öffentlichen Bereich). Typische öffentliche Investitionen sind Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsinfrastruktur.

**Körperschaftsteuer:** wesentlicher Bestandteil der Steuern, die Unternehmen (=Körperschaften) zahlen müssen. Es ist die „Einkommensteuer“ der Kapitalgesellschaften.

**Risikokapitalbereich:** Investitionen mit hohem Risiko, die häufig schwierig oder nur teuer zu finanzieren sind.

**regionale Innovationsfonds** eingerichtet und verschiedene Institutionen zur Unterstützung kleinerer Unternehmen, aber auch zur Förderung von Zusammenarbeit und Zusammenschlüssen im Bereich der Hochtechnologien gegründet.

## 7. Ausblick

Im Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre schneidet Großbritannien gegenüber dem Euroraum insgesamt sehr gut ab. Auch die kurz- und mittelfristigen Perspektiven sind vergleichsweise gut. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Anpassung an das Produktivitätsniveau der wichtigsten Konkurrenzländer fortsetzt. Zudem hat die britische Wirtschaftspolitik einen relativ großen Handlungsspielraum, um gegebenenfalls einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums wirkungsvoll zu begegnen. Zum einen hat die Notenbank die Möglichkeit, die Zinsen weiter zu senken. Zum anderen könnte die Finanzpolitik ihren antizyklischen Kurs über einige Jahre ohne größere Probleme fortsetzen.<sup>8</sup>

[1] Das Inflationsziel wird in Großbritannien von der Regierung jeweils für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Es liegt im Augenblick bei 2,5 % des Einzelhandelspreisindex und ist mit dem anders definierten und am Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessenen Inflationsziel der **EZB** nicht vergleichbar.

[2] Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Standardabweichung der Haushaltssalden in den 90er Jahren für Großbritannien deutlich größer ist als für den Euroraum insgesamt. Vgl.: Großbritannien auf dem Weg zum Euro? Bearb.: Gustav A. Horn und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 13-14/2002.

[3] Vgl. Europäische Kommission: Report on the Implementation of the 2001 Broad Economic Guidelines. Brüssel 2002.

[4] In der öffentlichen Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation in den einzelnen Ländern steht zumeist die Arbeitslosenquote im Vordergrund. Wird aber beispielsweise die Arbeitslosenquote in starkem Maße als Folge einer Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit reduziert - wie dies in manchen Ländern, so in den Niederlanden, zeitweise der Fall war - , so kann sie kein ausreichender Indikator für die arbeitsmarktpolitische Performance sein. Nach britischer Berechnungsweise, die nur die Antragsteller von Arbeitslosenhilfe in Relation zur Erwerbstätigenzahl berücksichtigt, betrug die Arbeitslosenquote im Übrigen zuletzt nur noch 3 %.

[5] Diesem Richtwert entspricht eine Lohnentwicklung, die sich an der mittelfristigen Produktivitätsentwicklung zuzüglich des von der EZB bzw. der Bank of England akzeptierten Preisanstiegs orientiert.

[6] National Statistics: Productivity, 23. Dezember 2002, <http://www.statistics.gov.uk>.

[7] Ein knappes Viertel gegenüber Frankreich und Deutschland, mehr als ein Viertel gegenüber den USA.

[8] Vgl. R. Barrell et al.: The UK Economy. In: National Institute Economic Review, Nr. 183, Januar 2003.

**regionale Innovationsfonds:** Öffentliche finanzielle Mittel werden zur Finanzierung von Investitionen auf regionaler Ebene zur Verfügung gestellt. Z.B. Mittel von Gemeinden oder vom Staat werden in Innovationsfonds gezahlt und produzierenden Unternehmen oder Dienstleistern (z.B. in Form von Zuschüssen oder verbilligten Darlehen) zur Verfügung gestellt.

**EZB:** Abkürzung für die Europäische Zentralbank, also die Notenbank des Euroraums mit Sitz in Frankfurt/Main.

## Anhang

### Haushaltspolitische Leitlinien in Großbritannien im Kontrast zu den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Die britische Regierung hat sich mit der seit 1998 explizit verfolgten budgetpolitischen Strategie das Ziel gesetzt, auf mittlere Frist eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Damit strebt sie im Prinzip dasselbe an wie der vom Europäischen Rat 1997 beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt; die Regeln zur Erreichung des Ziels sind allerdings flexibler und beziehen die konjunkturelle Situation, das Niveau der staatlichen Verschuldung und das Erfordernis eines ausreichenden Niveaus der öffentlichen Investitionstätigkeit mit ein. Dabei werden im "Code for Fiscal Stability" für die Finanzpolitik Großbritanniens zwei Regeln formuliert:

- Nach der so genannten "Golden Rule" dürfen über einen gesamten Konjunkturzyklus hinweg nur Investitionen durch eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden, nicht aber lau-

fende Ausgaben. Anders formuliert bedeutet dies, dass der Saldo des laufenden Haushalts über den Zyklus hinweg ausgeglichen sein soll. Allerdings ist es nicht ganz einfach, den Anfangs- und Endpunkt des jeweiligen Zyklus sowie die - für die Durchführung der Finanzpolitik wichtigen - aktuellen Abweichungen vom potentiellen gesamtwirtschaftlichen Output festzustellen.

- Die öffentliche Verschuldung soll in einem stabilen und "akzeptablen" Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stehen; als akzeptabel wird eine Verschuldung von etwa 40 % des Bruttoinlandsprodukts angesehen. Gegenwärtig liegt die Verschuldung knapp unter diesem Wert.

### Verständnisfragen

---

- ✓ Versuchen Sie, die wichtigsten Maßnahmen zu erläutern, die zum Erfolg der britischen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren beigetragen haben.
- ✓ Auf welche Größen nimmt die Notenbank (indirekt) Einfluss, indem sie den Zinssatz steuert?
- ✓ These: "Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verhindern derzeit, dass auch Deutschland eine antizyklische Fiskalpolitik betreibt." Erläutern Sie diese These.
- ✓ "Der Geist ist willig, aber die Wahl ist nah." Kann auch diese Variante eines bekannten Zitats erklären, warum es für Politiker manchmal schwer ist, antizyklische Fiskalpolitik in schlechten *und in guten Zeiten* zu betreiben?